



MEMO

BAHTIYAR UND ARKIN MAHNUT, CHINESISCHE UIGUREN, GEFANGEN IM LAGER GUANTANAMO

Der Uigur **Bahtiyar Mahnut** (geboren 1976) sitzt seit mehr als siebeneinhalb Jahren im Gefangenenlager auf der US-amerikanischen Marinebasis Guantánamo Bay auf Kuba. Er ist einer von 18 Uiguren, die zum gleichen Zeitpunkt verhaftet und nach Guantánamo gebracht worden waren.

In China wurde Bahtiyar Mahnut Opfer der Repression der chinesischen Regierung gegen die uigurische Bevölkerung, da er an friedlichen Demonstrationen teilgenommen hatte. Um sicher vor Verfolgung zu sein und in Freiheit zu leben zu können, verliess er seine Heimat und wollte in einem westlichen Land Zuflucht zu suchen. Im Mai 2001 brach er mit zwei Freunden auf und hielt sich eine Zeitlang in Kasachstan auf. Angesichts der Drohung, nach China zurückgeschafft zu werden, reiste er weiter nach Pakistan. Dort fand er Arbeit. Sehr bald wurde ihm klar, dass sein kleines Vermögen von rund 700 US-Dollar nicht weit reichte. Er entschied sich, nach Afghanistan zu reisen. Er schloss sich dort einer uigurischen Gemeinschaft an, die ihm Aufnahme gewährte, wenn er im Gegenzug auf dem Bau arbeitete. Diese Gemeinschaft führte ein ruhiges und friedliches Leben. Sie nahm keine Notiz von den Kämpfen zwischen den Taliban und der Nordallianz. Umso grösser war der Schock, als im Dezember 2001 die US-amerikanischen Bombardierungen losgingen. Hals über Kopf flohen Bahtiyar Mahnut und seine 17 Landsleute, er liess seinen Pass, Kleider und Gepäck zurück. Die Gruppe campierte mehrere Tage in den afghanischen Bergen, weil sie keinen Fluchtweg durch das felsige Gebiet fanden. Arabisch sprechende Passanten erklärten ihnen den Weg nach Pakistan. Schliesslich erreichten sie ein pakistisches Dorf, wo sie Essen erhielten. Wenig später wurden sie verraten und gegen Bezahlung an die US-Truppen ausgeliefert.

Bahtiyar Mahnut wurde nicht im Kampfgebiet festgenommen. Er hat auch nie am bewaffneten Konflikt gegen die USA teilgenommen. In seinen Aussagen betonte er, dass es keine Ausbildung für Kampfhandlungen gegen die USA oder andere westliche Staaten gegeben hat – weder an der Waffe noch ideologisch. Die Militärbehörden der USA glauben seine Aussagen und kamen zum Schluss, dass er kein feindlicher Kämpfer sei und nichts gegen ihn vorliege.

Sein Bruder **Arkin Mahnut** (geboren 1964) verliess auf Bitte seiner Mutter im August 2001 seine Heimat in China, um seinen Bruder zu suchen. Arkin Mahnut wurde nie angeklagt, irgendeine Missetat begangen zu haben. Nach einem kurzen Aufenthalt in Kabul, wo er seinen Bruder aufzuspüren suchte, ging er nach Kunduz im Norden Afghanistans, wo er aufgrund der US-amerikanischen Bombardierungen fliehen musste. Als er in Mazar-i-Charif ankam, wurde er von den Milizen der Nordallianz festgenommen. Als Opfer der damaligen Jagd auf vermeintliche Terroristen wurde er im Jahre 2002 den amerikanischen Truppen übergeben. In Guantánamo konnte er seinen Bruder kurze Zeit sehen, wurde jedoch dann wieder bis 2003 und später von 2005 bis 2008 von ihm getrennt.

Im Oktober 2008 hat ein US-Bundesrichter dem Gesuch um Haftprüfung (habeas corpus) der in Guantánamo festgehaltenen Uiguren entsprochen und ihre unbeschränkte Haft als illegal erklärt. Trotz ihrer Unschuldserklärung sind die beiden Brüder nach wie vor in Guantánamo inhaftiert, weil sie noch kein Aufnahmeland gefunden haben.

UMSTÄNDE DER VERHAFTUNG

Die beiden Brüder wurden den amerikanischen Militärbehörden gegen beträchtliche Kopfgeldzahlungen ausgehändigt. Die USA offerierte damals grosszügiges Kopfgeld als Anreiz für die Verhaftung von «feindlichen Kämpfern» in Afghanistan und Pakistan. Ende 2001 und in den ersten Monaten des Jahres 2002 haben die amerikanischen Truppen in grossem Stil Flugblätter mit dem Angebot von solchen

Kopfgeldzahlungen über den zwei Ländern abgeworfen. Diese Flugblätter enthielten eine sehr klare und verführerische Mitteilung für eine Bevölkerung, die mit äusserst begrenzten Mitteln leben muss: *«Sie erhalten Wohlergehen und Macht, die weiter gehen als Sie je geträumt hätten! Sie können Millionen von Dollar verdienen, wenn Sie den gegen die Taliban kämpfenden Truppen helfen, Anhänger von al Qaida und der Taliban festzunehmen. Dieses Geld wird Ihnen ermöglichen, Ihre Familie, Ihr Dorf, ja sogar Ihren Stamm bis ans Ende Ihres Lebens zu unterstützen! Sie können sich Vieh kaufen, wenn notwendig einen Arzt bezahlen und Schulbücher und ein Haus für Ihre Familie finanzieren!»*

Diese Flugblätter und die versprochenen Entschädigungen erklären, weshalb so viele unschuldige Gefangene in Guantánamo gelandet sind. Die tiefsten Prämien beliefen sich auf 3000 US-Dollar. Dies war für arme pakistanische DorfbewohnerInnen genügend Anreiz, eine Gruppe von Ausländern festzunehmen und sie den US-Truppen zu übergeben. Bahtiyar und Arkin **Mahnut** haben später erfahren, dass die US-Armee für jeden von ihnen 5000 US-Dollar Prämie bezahlt haben.

GESUNDHEITZUSTAND VON ARKIN MAHNUT

Gemäss seiner amerikanischen Anwältin leidet Arkin Mahnut an psychischen Problemen, seit er in Guantánamo inhaftiert ist. Laut den Informationen von Amnesty International gab es vor seiner Inhaftierung und auch während der ersten Jahre seiner Haft keine Anzeichen einer Krankheit. Als seine Anwältin ihn im August 2006 zum ersten Mal treffen konnte, stellte sie während der Unterredungen mit ihm keinerlei auffällige Verhaltensweisen fest. Arkin Mahnut war während seiner achtjährigen Haft besonders schwerem psychologischem Druck ausgesetzt. Während zweier Jahre wurde er total isoliert. Er ist unfähig, sich an die Umstände seiner Verhaftung zu erinnern und gibt sich selbst die Schuld an seiner Situation. In keinem Moment empfand er Groll gegenüber seinem Bruder, auf dessen Suche er sich gemacht und für den er seine Heimat verlassen hatte. Nach Auskunft der Psychiater, die von seiner Rechtsvertreterin konsultiert worden sind, leidet Arkin Mahnut an den typischen Symptomen einer posttraumatischen Belastungsstörung. Die beste Möglichkeit, sie zu heilen, ist die Freilassung in ein geeignetes Umfeld. Arkin Mahnut braucht vor allem Ruhe und höchstwahrscheinlich auch psychologische Unterstützung, was in der Schweiz ohne Schwierigkeiten gefunden werden kann. Laut Informationen seiner Rechtsanwältin scheint die amerikanische Regierung bereit zu sein, gegebenenfalls eine solche Behandlung zu finanzieren.

ALLGEMEINE MENSCHENRECHTSSITUATION IM AUTONOMEN UIGURISCHEN GEBIET XINJIANG

Die Uiguren bilden die wichtigste ethnische Minderheit im chinesischen Autonomen Uigurischen Gebiet Xinjiang¹ (auf Englisch *Xinjiang Uighur Autonomous Region*, XUAR) und gehören zu den älteren Turkvölkern. Zurzeit ist die XUAR die einzige Provinz innerhalb Chinas mit einer muslimischen Mehrheit. Wie in der Autonomen Provinz Tibet stellen die ethnischen Han-Chinesen auch in Xinjiang noch eine Minderheit dar. Die XUAR ist aber für China von grosser strategischer Wichtigkeit: Dort wurden Nukleartests durchgeführt, und ein grosser Anteil der Mineralien sowie 38 Prozent der Kohlereserven und 25 Prozent der Erdöl- und Erdgasreserven des Landes liegen in diesem Gebiet. Die uigurische Bevölkerung befindet sich in einer ähnlichen Situation wie die Bevölkerung von Tibet: Die Uiguren haben jahrzehntelange Diskriminierung und Unterdrückung von Seiten der chinesischen Herrscher erdulden müssen. Als religiöse und ethnische Minderheit wurden ihnen regelmässig zivile, religiöse und politische Grundrechte verwehrt. Die Wahrung der uigurischen Identität und Ausübung ihrer Kultur ist den Uiguren strikte verboten, inklusive das Abhalten islamischer Feste, das Studieren von religiösen Texten oder das Anziehen der islamischen Tracht in öffentlichen Gebäuden wie auch in Schulen. Das Praktizieren ihrer muslimischen Religion wird streng überwacht und ist staatlichen Sanktionen unterworfen.

¹ Xinjiang liegt im Nordwesten der Republik China und weist eine Bevölkerungszahl von über 19 Millionen EinwohnerInnen auf. Von den 47 ethnischen Gruppen sind die Uiguren mit 8,4 Millionen Menschen die grösste Ethnie.

Die chinesischen Behörden verstärkten 2007 ihre Politik der grossen Umsiedlung von Han-Chinesen in die XUAR, um den «Mangel an Arbeitskräften» anzugehen. Gleichzeitig werden unzählige junge uigurische Frauen und Mädchen – gemäss Berichten mehr als 200'000 Personen – unter Zwang nach Ostchina geschickt, um dort unter äusserst harten Bedingungen und für tiefen Lohn in Fabriken zu arbeiten. Der anhaltende Zustrom von Han-Chinesen in die Region hat sogar zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Uiguren und Uigurinnen geführt. Diese Umsiedlung hat in den letzten Jahrzehnten in der uigurischen Bevölkerung grossen Unmut und Verbitterung ausgelöst. Sie werden in ihrer Heimat beim Zugang zu Arbeit diskriminiert und in den lokalen Schulen wird ihnen die chinesische Sprache aufgezwungen. Gleichzeitig dürfen sie ihre eigene Sprache nicht benützen und Zeichen ihrer kulturellen Identität sind verboten. Die anhaltenden ethnischen Spannungen in Xinjiang werden dadurch verstärkt, dass die chinesischen Behörden bislang nichts gegen die weitreichenden Verletzungen der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Uiguren unternommen haben. Ausdruck der Repressalien gegen die mehrheitlich muslimischen Uiguren sind die Schliessung mehrerer Moscheen und unabhängiger religiöser Schulen, vermehrte Kontrollen des islamischen Klerus und das Verhaften religiöser Führer, die als «unpatriotisch» oder «subversiv» gelten. Xinjiang ist seit Jahren die einzige Region Chinas, in der Todesurteile wegen politisch motivierter Straftaten wie «separatistischer Aktivitäten» ausgesprochen und vollzogen wurden.

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA hat sich die Menschenrechtslage in der Region weiter verschlechtert. China benutzt den «Krieg gegen den Terrorismus» als Vorwand, um seine Politik der Unterdrückung in der XUAR zu rechtfertigen. Im August 2002 entsprachen die USA dem wiederholten Begehren der chinesischen Regierung, die Islamische Bewegung Ostturkestan (*East Turkestan Islamic Movement*, ETIM) in ihre Liste der «terroristischen Organisationen» aufzunehmen. Diese Liste wurde am 11. September 2002 von den Vereinten Nationen gebilligt, womit sie die vorangehende chinesische Verurteilung der Organisation bestätigten. Amnesty International hat bis anhin keine glaubwürdigen und unabhängigen Informationen erhalten, welche die Behauptungen bekräftigen würden, ETIM habe Gewalttaten zu verantworten. Auch zu den Terroranschlägen vom August 2008 liegen keine Informationen über eine allfällige Beteiligung der ETIM vor. Verschiedene ExpertInnen bezweifeln die Existenz dieser Organisation.

Ende 2001 hatte China die USA offiziell aufgefordert, alle in Afghanistan und Pakistan aufgegriffenen Uiguren auszuliefern. Die USA lehnten diese Forderung jedoch wiederholt ab wegen «unterschiedlicher Interpretation der Bedeutung des Begriffs ‚Terrorist‘». Im Laufe der Untersuchungen ist bekannt geworden, dass die Uiguren in Guantánamo 2002 nicht nur von Angehörigen der US-Behörden verhört worden sind, sondern auch Mitglieder des chinesischen Geheimdienstes an deren Verhören teilgenommen haben. Die US-Behörden verweigern die Auslieferung von uigurischen Gefangenen an China, weil sie keine Garantien erhalten hätten, dass die Heimkehrer unter Einhaltung von internationalen Menschenrechtsnormen aufgenommen würden.

Bern, 14. Januar 2010